

## Antrag

der Abgeordneten Martin Sichert, Kay-Uwe Ziegler, Dr. Christina Baum, Thomas Dietz, Jörg Schneider, Martin Reichardt, Carolin Bachmann, Jürgen Braun, Gereon Bollmann, Frank Rinck, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

### Studienplätze für die Zulassung im Sanitätsdienst der Bundeswehr vom Bund finanzieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In den letzten 30 Jahren sank die Zahl der Medizin-Studienplätze von ungefähr 16.000 pro Jahr auf heute ungefähr 11.000.<sup>1</sup>

Schon im Jahre 2019 hatte das Bundesgesundheitsministerium die Bundesländer zur Schaffung von 5.000 bis 6.000 neuen Plätzen aufgerufen.<sup>2</sup>

Die älter werdende Gesellschaft und der Umstand, dass gleichzeitig Zehntausende Ärzte vor dem Ruhestand stehen, macht diese Aufstockung erforderlich. hinzu kommt der Trend zu mehr Teilzeitarbeit, da immer mehr Absolventen andere Prioritäten als früher setzen und Beruf und Familie besser vereinbaren wollen.<sup>3</sup>

Auch die Inanspruchnahme von Arbeitszeit durch Bürokratie<sup>4</sup> und nicht ärztliche Tätigkeiten sowie Karrierebrüche durch unattraktive Rahmenbedingungen der ärztlichen Berufsausübung steigern den Bedarf neu ausgebildeter Ärzte.<sup>5,6</sup>

Zwar hatten in letzter Zeit Bundesländer angekündigt, zusätzliche Plätze zu schaffen. Mit z. B. 350 in Bayern, 300 in Nordrhein-Westfalen oder 50 in Sachsen liegt diese Zahl neuer Plätze aber weit unter dem Bedarf.<sup>7</sup>

<sup>1</sup><https://www.tagesschau.de/inland/aerztekammer-medizinstudienplaetze-schwangerschaftsabbruch-101.html>

<sup>2</sup><https://www.forschung-und-lehre.de/lehre/bund-fordert-bis-zu-6000-neue-medizin-studienplaetze-2290>

<sup>3</sup>s. FN 1

<sup>4</sup>[https://www.marburger-bund.de/sites/default/files/files/2023-05/Zwischenbericht%20Task%20Force%20Entb%C3%BCrokratisierung%20Marburger%20Bund\\_2.pdf](https://www.marburger-bund.de/sites/default/files/files/2023-05/Zwischenbericht%20Task%20Force%20Entb%C3%BCrokratisierung%20Marburger%20Bund_2.pdf)

<sup>5</sup>[https://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user\\_upload/BAEK/Aerztetag/126.DAET/2022-06-17\\_Beschlussprotokoll.pdf](https://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/BAEK/Aerztetag/126.DAET/2022-06-17_Beschlussprotokoll.pdf) - S. 245

<sup>6</sup><https://www.spiegel.de/start/arzt-oder-aerztin-werden-warum-assistenzaezte-krankenhaeuser-verlassen-a-1d575dd8-67a1-41be-8884-572bab602aca>

<sup>7</sup>s. FN 2

Mehrere Länder fordern vom Bund für zusätzliche Medizin- Studienplätze finanzielle Mittel, so zum Beispiel Sachsen-Anhalt, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und Sachsen.<sup>8</sup>

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat aktuell den Ausbau der Medizin-Studienplätze in Deutschland angemahnt und wegen der fehlenden Kapazitätserweiterungen die Bundesländer kritisiert. Benötigte Fachkräfte könne man nicht einfach anderen Staaten wegnehmen, indem man sie in Deutschland besser bezahle. Das sei unethisch.<sup>9</sup>

Die Zahl der inländischen und EU-Bewerber übertrifft die Zahl der zur Verfügung stehenden Medizin-Studienplätze regelmäßig deutlich.<sup>10</sup>

2,2% der Medizin-Studienplätze werden nur an Bewerber vergeben, die sich zum späteren Dienst bei der Bundeswehr verpflichten.<sup>11</sup>

Diese Studienplätze werden derzeit ausschließlich von den Ländern finanziert.<sup>12</sup>

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem sichergestellt wird, dass der Bund alle Studienplätze für die Zulassung im Sanitätsdienst der Bundeswehr selbst finanziert.

Berlin, den 17. Mai 2024

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## Begründung

Es kann in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich kein sinnvoller Weg sein, dass immer, wenn festgestellt wird, dass die Länder Anstrengungen in einem ihrer Zuständigkeitsfelder steigern müssen, diese für die Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben finanzielle Mittel vom Bund fordern und es kann kein sinnvoller Weg sein, dass der Bund dann stets Finanzmittel für die Länder bereitstellt, damit diese ihren Verpflichtungen nachkommen.

Würde dies zur Regel, bräuchten wir in Deutschland keine Länder.

Deshalb verfolgt die in diesem Antrag gestellte Forderung an die Bundesregierung einen solchen Ansatz keineswegs:

Dass ein Kontingent ausschließlich für spätere Bundeswehrärzte freigehalten wird, geschieht nicht aus originären Interessen der Bundesländer, hier handelt es sich um verteidigungspolitische Interessen und damit Bundesinteressen.

Es ist somit nicht systemwidrig, diese Studienplätze dann auch vom Bund und nicht von den Ländern finanzieren zu lassen.

<sup>8</sup>ebd.

<sup>9</sup><https://www.zeit.de/news/2022-05/24/lauterbach-ruft-laender-zu-mehr-medizinstudienplaetzen-auf>

<sup>10</sup><https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/147674/Weniger-Bewerbungen-auf-Medizinstudiumsplaetze>

<sup>11</sup><https://medizinstudium.io/medizinstudium-bundeswehr/#:~:text=Von%20insgesamt%2010.000%20Medizinstudienpl%C3%A4tzen%20in,staatlichen%20deutschen%20Universit%C3%A4ten%2FHochschulen%20verteilt.>

<sup>12</sup>Bundestags-Drucksache 20/10488

Ein Medizinstudium in Deutschland kostet circa 220.000 Euro.<sup>13</sup>

Auf diese aus bundespolitischen Gründen vergebenen Studienplätze (max. 220) entfallen somit circa. 48 Millionen Euro.

Würde der Bund diesen Betrag für die aus seinen Motiven studierenden ausgleichen, könnten die Länder über 200 zusätzliche Studienplätze pro Jahr ohne eigene Belastung schaffen.

Zwar ist das für die künftige Gesundheitsversorgung in den Ländern noch nicht ausreichend, stellt aber einen wichtigen Beitrag dar.

*Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt*

---

<sup>13</sup>s. FN 2